

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Die Dresdner Nachrichten-Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Postfach 1008, Telefon 25251. Druck: Die Dresdner Nachrichten-Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Postfach 1008, Telefon 25251.

Druck u. Verlag: Leipzig & Neudamm, Dresden, N. J. Marienstraße 38/42, Fernruf 25251. Postfachkonto 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abonnementpreise: In Sachsen 12,00 M., in Preußen 14,00 M., in den übrigen Reichsteilen 16,00 M., in den Auslandsteilen 20,00 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 1,00 M. (Postgebühren eingeschlossen).

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Grat Ciano vom Führer empfangen

Deutschland erkennt das italienische Kaiserreich an

Berlin, 24. Oktober.

Der königlich italienische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Graf Ciano, wurde am Sonnabend vom Führer und Reichskanzler empfangen. In der Unterredung hat der Führer und Reichskanzler dem Vertreter der faschistischen Regierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung sich zur förmlichen Anerkennung des italienischen Kaiserreiches entschlossen hat. Der italienische Außenminister brachte zum Ausdruck, daß die faschistische Regierung von dieser Mitteilung in voller Würdigung ihrer Bedeutung mit Genugtuung Kenntnis nehme.

Hierzu schreibt die „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz“:

Mit der Anerkennung des italienischen Kaiserreiches hat Deutschland nun auch formal einer Lage Rechnung getragen, die durch den Sieg Italiens politische Wirklichkeit geworden war. In Würdigung der Geschehnisse hatte die Reichsregierung bereits im Juli der italienischen Regierung von ihrer Absicht, die Gesandtschaft in Addis Abeba aufzuheben und ein Generalkonsulat einzurichten, Mitteilung gemacht. Die jetzt ausgesprochene Anerkennung der unumkehrlichen Tatsache einer italienischen Souveränität über die ehemals abessinischen Gebiete stellt eine lokale Fortsetzung der von Deutschland von Anfang an eingenommenen realpolitischen Haltung dar.

Ein Zeichen der deutschen Neutralität

Der Standpunkt Deutschlands war von vornherein durch erfolgreiche Bemühungen bestimmt und gekennzeichnet gewesen, zu seinem Teil alles zu vermeiden und zu verhüten zu helfen, was zur Komplikation eines der deutschen Interessen nicht beruhigenden Konfliktes hätte beitragen können. Aus dieser unbefangenen und zugleich verantwortungsbewussten Einstellung hatte sich ganz von selbst die formale Neutralitätspolitik Deutschlands während des Krieges in Abessinien ergeben, und aus der gleichen Einstellung ist nun auch der jetzige Schritt erfolgt.

Genf fehlt es an Wirklichkeitsinn

Die Beziehungen zwischen dem früheren abessinischen Kaiserreich und Italien hatten schon sehr lange auf einer unfruchtbaren Basis bestanden, die zu unterliegen hier nicht die Aufgabe ist. Die Gegensätze haben sich im Laufe der Jahre immer mehr verschärft, und schließlich ist es zu Zusammenstößen und Zwischenfällen gekommen, die den Völkerbund auf den Plan riefen. Obwohl als Friedensstifter bestellt und als Institution geschaffen, die im Sinne der Gerechtigkeit im wahren Sinne des Wortes sachlich und unparteiisch ihr Urteil

fällen soll, hatte der Völkerbund es aber auch in diesem Falle von vornherein sowohl an Objektivität wie an Wirklichkeitsinn fehlen lassen. Indem er aus im einzelnen sehr verschiedenartigen Erwägungen heraus Abschlüssen zum Widerstand ermunterte und beim Reaus falsche Hoffnungen weckte, richtete er praktisch nur Schaden an und trug später sogar zur Verschärfung und Verlängerung des Konfliktes bei.

Der Völkerbund hat verlagert

Inzwischen stellte sich mehr und mehr heraus, daß sich in Genf in steigendem Maße gewisse Kräfte durchzusetzen verstanden, die an der Sache selbst völlig desinteressiert waren, aber in dem Konflikt mit Italien vor allem einen willkommenen Vorwand sahen, um den Völkerbund für ihre Zwecke einzusetzen, und zwar aus ganz bestimmten weltanschaulichen Animositäten heraus. Nichtsdestoweniger hat man sich in der Septembertagung in Genf nicht länger der Erkenntnis verschließen können, daß die abessinische Frage als politische Problem hauptsächlich ihre Entscheidung gefunden hatte. So wie der Völkerbund, als es noch Zeit war, bei der politischen Behandlung der Streitfrage verlagert hatte, hat er auch bei der Verhandlung der juristischen Fragen sich schließlich noch in eine Lage hineinmanövriert, aus der er weder einen Ausweg noch die Kraft zu einem den politischen Realitäten entsprechenden Entschluß fand.

Die Dinge sehen, wie sie sind!

Nicht zuletzt im Völkerleben ist es notwendig, mußte die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Nur dann sind zweideutige Situationen und Verwicklungen zu vermeiden, die dem allgemeinen Frieden abträglich sind, nur dann wird es auch möglich sein, aus verfahrenen Situationen herauszufinden und gefährlichen Entwicklungen von vornherein die Spitze abzuliefern. Mit der Anerkennung des italienischen Kaiserreiches hat sich der Weg beschränkt, einen Stein internationalen Ansehens zu besetzen. Ein Fortschritt in dieser Entwicklung wird nicht zuletzt auch im wohlverstandenen Interesse des afrikanischen Landes selbst und seiner Bevölkerung liegen.

Portugal bricht die Beziehungen zu Madrid ab

Der Geschäftsträger bereits abgereist

Lissabon, 24. Oktober.

Die portugiesische Regierung erklärt folgende Verlautbarung:

„Der Minister der Auswärtigen richtete gestern eine diplomatische Note an Lissabon, den spanischen Botschafter in Lissabon, in der er ihm mitteilte, daß die portugiesische Regierung sich gezwungen sieht, infolge der in dieser Note dargelegten Gründe die diplomatischen Beziehungen zur Madrider Regierung abzubrechen.“

Am Morgen war an den portugiesischen Geschäftsträger in Alicante dringlich der Befehl gegeben worden, sich sofort an Bord eines dort ankommenden portugiesischen Kriegsschiffes zu begeben und nach Lissabon zurückzukehren.

Die Regierung behält sich das Recht vor, die Note im Wortlaut zu veröffentlichen, in der die Gründe für den Abbruch der Beziehungen aufgeführt werden, sobald sie es für angebracht hält.

Auch Argentinien droht mit dem Abbruch

St. Jean de Luz, 24. Oktober.

Der argentinische Außenminister, der sich zur Zeit in Paris aufhält, hatte im Auftrage seiner Regierung bei der roten „Regierung“ in Madrid beantragt, daß den in den Gebäuden der ausländischen diplomatischen Missionen in der spanischen Hauptstadt sich aufhaltenden Millionen in der spanischen Hauptstadt nach dem Auslande politischer Flüchtlinge freies Geleit nach dem Auslande gewährt werde. Dazu hatte die spanische Regierung mit der Absicht sich die südamerikanischen Republiken zu verpflichten, das Angebot gemacht, die zum Abtransport nötigen Flugzeuge zur Verfügung zu stellen. Für den Fall der Nichtannahme dieses Antrages war der argentinische Außen-

minister ermächtigt worden, die Beziehungen mit Madrid endgültig abzubrechen. Die Antwort Madrids sollte zum Freitagabend in Paris eintreffen. Der Madrider rote „Außenminister“ Alvarez del Vayo hat aber um 22 Uhr lediglich eine ausweichende Antwort gegeben, in der der Antrag nur hinsichtlich der Frauen und Kinder angenommen wird, während für die Männer besondere Verhandlungen vorzuschlagen werden.

Ausländische Diplomaten verlassen Madrid

In diesem Zusammenhang ist eine Mitteilung des Kommandanten des argentinischen Kreuzers „25. Mai“ von Interesse, aus der hervorgeht, daß die Botschaften von Peru und El Salvador sowie der Legationssekretär von Guatemala, die bis jetzt noch in ihren Botschaften in Madrid ausgehalten hatten, sich an Bord seines Schiffes begeben hätten und in Marzelle an Land gegangen seien, nachdem sie zuvor noch sämtliche Konsulatsangestellte aus Spanien zurückerufen hätten.

Verzweifelte Stimmung in Madrid

Jean de Luz, 24. Oktober.

Der rote Madrider „Außenminister“ Quintanilla de Irujo hat im Madrider „El Liberal“ einen Aufruf veröffentlicht, der interessante Schlüsse auf die verzweifelte Stimmung im roten Lager zuläßt. Vayo sagt u. a., man könne Madrid nicht verteidigen, wenn man an der Front bleibe. Wir werden umgangen oder wir werden auf den Schlachtfeldern „hört“ und auch nicht damit, daß man mehr Waffen und Material verlange, als zu liefern möglich sei. Auch die negative und fruchtlose Kritik müsse verschwinden. Um alle „Verständnisse“ zu befestigen, habe man die „politischen Kommissare“ eingeladen, die dem Kriegsministerium unterstanden und für die „Erfüllung der Verteidigungsmittel zu sorgen“ hätten. Alles müsse an die Front, es handele sich um Stunden. Keine Minute dürfe verlorengehen.

Del ins spanische Feuer

Der spanische Bürgerkrieg hat zwei Kriegsschauplätze, einen in Spanien und den anderen in London, wo seit einigen Wochen der Nichtteilnahmeauschuss seinen Sitz hat. Als Mitte Juli die ersten Meldungen von der nationalen Erhebung des Generals Franco eintrafen, war man sich in den Hauptstädten darüber klar, daß dieser Bürgerkrieg Europa auf das härteste berühren würde. In den drei Monaten des blutigen Ringens ist der europäische Weltkriegsausbruch immer näher gerückt. Während die Regierungen der General Franco bereits in die Vorbereitungen von Madrid eingezogen sind und der Fall der Hauptstadt nur noch eine Frage militärischer Überlegenheiten ist, haben die Nichtteilnahmebemühungen des Londoner Ausschusses von Moskau den Todesstoß erhalten. Die Sowjetregierung hat das Abkommen, in dem sich 27 Regierungen verpflichteten, den kämpfenden Parteien keine Waffen zu liefern, aufgekündigt. Sie wird den spanischen Bolschewisten von nun ab ihre offene Unterstützung zuteil werden lassen und sie mit sowjetrussischem Kriegsmaterial versorgen. Damit hat Moskau die Londoner Friedensbemühungen torpediert. Es bedeutet eine blutige Verhöhnung der 20 übrigen Mächte, wenn die Sowjetmacht weiterhin dem Londoner Ausschuss angehören wollten, dessen Beschlüsse sie bisher nicht geachtet haben und dessen Bemühungen sie nun in aller Offenheit durchkreuzen.

„Morning Post“, das Blatt der englischen Konvention, dem man eine sowjetrussische Haltung bisher kaum zum Vorwurf machen konnte, nennt in seiner Sonnendausgabe den Moskauer Vorstoß einen Sabotageakt, der das wahre Gesicht der Sowjetdiplomatie enthüllt. In der Tat konnte das hinterhältige Spiel Moskaus in Europa nicht deutlicher gekennzeichnet werden als durch das Verlegen, die Dinge in ihr Gegenteil verdrückende Schreiben der Sowjetregierung an den Londoner Ausschuss. Erinnern wir uns an die Vorgehensweise der Nichtteilnahmebemühungen: der französische Ministerpräsident bemühte sich bald nach Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges mit geradezu verächtlichem Eifer um dessen Lokalisierung. Ungezweifelt hat ihn dazu die Furcht vor einem Eingreifen der „faschistischen“ Regierungen angestrichelt, der spanischen Nationalisten bestimmt. Es zeigte sich aber, daß die autoritär geführten Staaten als erste der Nichtteilnahme zustimmten und sofort strenge Waffenembargos erließen. Von der französischen Regierung kam man eine solche entschiedene Haltung nicht ohne Haupt, zumal Ministerpräsident Blum offenbar nie eine Ahnung hatte, was seine marxistischen Kollegen hinter seinem Rücken taten. War schon die französische Neutralität erheblich durchlöcher, so hatte der Beitritt Sowjetrußlands zum Nichtteilnahmeauschuss von Anfang an keinerlei praktische Bedeutung. Moskau wollte auch in London im trüben Wasser — wie es ihm in Genf seit zwei Jahren so überaus erfolgreich gelungen ist — und seine eigentlichen Absichten in Spanien verbergen.

Der Wankmut Deutschlands, Italiens und Portugals ist es zu verdanken, daß die dunklen Pläne durchkreuzt wurden. Wenn es in dem Moskauer Schreiben an den Ausschuss heißt, daß Sowjetrußland jetzt seine Handlungsfreiheit wieder nehmen und die bisherige Politik der Nichtteilnahme aufgeben werde, so heißt das nach allem, was vorgefallen ist, eine derart dummdreiste Zumutung an die Hartnäckigkeit und den guten Glauben der übrigen europäischen Staaten dar, daß selbst den Engländern die bolschewistische Heuchelei auf die Nerven zu gehen beginnt. Das Verhalten Sowjetrußlands im Spanienkrieg ist in nichts anderes als eine ununterbrochene Kette schwarzer Verbrechen gegen das Londoner Abkommen. Mit dem Mundfunkauftrag an die spanischen „Proleten“ begann es. Es folgten Kundgebungen und Geldsammlungen für die marxistischen Bluthorden. Dann trafen die ersten Sowjetdampfer in spanischen Häfen ein. Es liegen unangenehme Beweise vor, daß ihre Ladung nicht aus Ackerbauern und Winzern bestand, wie es in den Deklarationen hieß. Inzwischen kamen immer mehr sowjetrussische Generalkonsul-

Heute Beilage:

Unsere Wehrmacht